



AKREF-Nachrichten vom 13.11.2020 bis 20.11.2020

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Einige verlangen Streichung der Religionszugehörigkeit	4
Äthiopien: Eritreische Flüchtlinge in Tigray	5
Äthiopien: Konflikt in Tigray	6
Berg Karabach: Ab 10. November vollständige Waffenruhe	7
Berg-Karabach: Armenier betrachten den Waffenstillstand als Kapitulation	8
Berg-Karabach: Schicksal armenischer Kirchen und Klöster ungewiss	9
Brasilien: Migranten aus Venezuela	10
Deutschland: "Islamistischer Terror hat seine Wurzeln im Islam"	11
Deutschland: Durchsuchung bei christlicher Imbissbetreiberin war rechtswidrig	12
Deutschland: Ein deutscher Islam ist „Wunschdenken“	13
Deutschland: Eine muslimische Familie entschuldigt sich für Terroranschläge	14
Deutschland: Hotel wird Hindu-Zentrum	15
Deutschland: MBB Global prayer day	16
Deutschland: Pfarrer auf Friedhof in Apolda angegriffen	18
Eritrea: Etwas Hoffnung für Christen	19
EU: Viele inhaftierte Islamisten wollen weitere Terroranschläge begehen	20
Haiti: Entführter Missionar wieder frei	21
Haiti: Gebet um Freilassung eines Missionars	22
Indien: Christ bei Anschlag auf Gebetstreffen ermordet	23
Irak: Illegale Enteignung von Christen in Kurdistan	24
Iran: Saheb erhielt gestern die Strafe von 80 Peitschenhieben	25
Israel: Israelkritik oder Antisemitismus?	26
Jemen: Christen schenken Hoffnung auf ein besseres Leben	28
Kamerun: Aus der Konfliktregionen	29
Mosambik: 500.000 Vertriebene	30
Mosambik: Islamistische Gewalt in Cabo Delgado	31
Myanmar: Bündnis mit ethnischen Parteien gewünscht	32
Pakistan: Klage der Eltern von entführtem Mädchen Arzoo Raja hatte Erfolg	33
Philippinen: Gesetzesvorlage zum Verbot von Kinderehen	34
Somalia: Angeklagte Christen überraschend frei und in Sicherheit	35

Thailand: Studentenproteste	37
Türkei: Thema war die Religionsfreiheit	38
Ungarn: Traditionelle Geschlechterrollen als Maßstab	39

Ägypten: Einige verlangen Streichung der Religionszugehörigkeit

Christen und Muslime aus Minya empfehlen Streichung aus Ausweispapieren

Minya (Fides) - Um Diskriminierung und Sektierertum zu bekämpfen, sei es ratsam, Angaben zur eigene Religionszugehörigkeit aus den Ausweispapieren zu streichen. Dies schlägt eine Gruppe von Christen und Muslimen in der ägyptischen Stadt Minya in einer Empfehlung vor, um ein friedliches zivilen Zusammenlebens zu formulieren und religiösen Fanatismus und Extremismus zu entschärfen, die oft durch Propaganda angeheizt werden, die religiöse Inhalte und Sprache instrumentalisiert. Der Gruppe gehören ein koptischer Priester aus Minya und Vertretern lokaler islamischer Gemeinschaften an.

In Ägypten die Angabe der Religionszugehörigkeit in Ausweispapieren , bereits in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts kontrovers diskutiert. Bisher forderten hauptsächlich Gruppen von Atheisten, Agnostikern und anderen Ägyptern eine Streichung, die sich nicht als Muslime, Christen oder Juden identifizieren wollen. In einigen Fällen, beispielsweise bei Anhängern der Bahá'í-Lehre, hat die Weigerung, ihre religiöse Zugehörigkeit in Personalausweisdokumenten anzugeben, effektiv dazu geführt, dass sie ihre Bürgerrechte nicht ausüben und keine staatlichen Dienste in Anspruch nehmen können. Im August 2009 wurde die Situation formell aus rechtlicher Sicht gelöst, indem die Möglichkeit zugestanden wurde, bei der Angabe zur Religionszugehörigkeit einen Strich zu machen. (GV) (Fides 19/11/2020)

Äthiopien: Eritreische Flüchtlinge in Tigray

Sie brauchen Schutz und Hilfe

Addis Abeba (Fides) - Eritreischen Flüchtlingen in Tigray im Norden von Äthiopien müsse ein Rechtsstatus gewährt werden, der sie schützt. Darum bittet Pfarrer Mussie Zeraï, ein Priester der Eparchie Asmara, der sich seit langem für den Schutz von Migranten einsetzt. "In Tigray" erklärt er gegenüber Fides, "sind Tausende von Eritreern, die oft hungrig sind und allen Formen der Ausbeutung und des Missbrauchs ausgesetzt sind, unterwegs. Diese Situation verstärkt die Verzweiflung dieser Menschen und treibt sie in die Hände von Menschenhändlern. Der Exodus in den Sudan und nach Libyen nimmt aufgrund der schlechten Bedingungen zu, auf die sie heute in Äthiopien stoßen."

Pfarrer Mussie fordert die Europäische Union deshalb auf, "Ressourcen zu investieren, um die Aufnahme dieser eritreischen Flüchtlinge in Äthiopien würdig zu gestalten und den Zugang zum Asylrecht, den Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung und Arbeit zu gewährleisten". "Dies ist der beste Weg, um Flüchtlingen, dort zu helfen, wo sie leben und sie willkommen zu heißen. Andernfalls wird der Exodus nach Europa mit der traurigen Zahl der Todesfälle in der Wüste und im Mittelmeer zunehmen."

Der Priesters wünscht sich diplomatische Bemühungen, um die äthiopische Regierung zum Schutz der Rechte dieser Migranten zu drängen, damit eine Aufenthaltserlaubnis für diejenigen gewährt wird, die außerhalb der Flüchtlingslager leben. Da derzeit Zivilisten nicht mehr in Flüchtlingslagern untergebracht werden, sind vor allem auch viele Frauen und Kinder ohne Schutz und ohne Unterkunft insbesondere den Gefahren der Corona-Epidemie ausgesetzt.

"Im Allgemeinen", so der Priester aus Asmara, „sind die lokale Regierung und die Gemeinden der lokalen Bevölkerung sehr entgegenkommend. Sie unterstützen und arbeiten brüderlich mit den Flüchtlingen zusammen. Dies ist zu schätzen. Die Situation vor Ort ist jedoch dramatisch“.

Viele eritreische Flüchtlinge leiden an schweren chronischen Krankheiten (Diabetes, Herzprobleme, Unterernährung usw.). Es gibt viele Menschen, die psychische Probleme haben. Es gibt keine Ausrüstung, um sich vor Covid-19 zu schützen. „Besonders kritischste ist die Situation“, so der Priester weiter, „für die Minderjährigen. Viele von ihnen sind auf sich allein gestellt. Sie haben niemanden, der ihnen helfen könnte. Sie gehen nicht zur Schule, sie trinken Alkohol, sie rauchen, viele Mädchen werden schwanger“.

Neben der Registrierung und Anerkennung des Status von Flüchtlingen, die die Sicherheit der Flüchtlinge gewährleisten würden, ist es laut Pfarrer Mussie notwendig, ihnen Materialien (Lebensmittel, Unterkünfte usw.) zum Schutz sowie medizinische und psychologische Hilfe zu garantieren. "Minderjährigen muss geholfen werden, mit soliden Prinzipien aufzuwachsen. Ich appelliere an alle Institutionen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und an die äthiopische Regierung, alle nützlichen Instrumente zu aktivieren, um das Leiden dieser so sehr gefährdeten Flüchtlinge zu lindern."

(EC) (Fides 14/11/2020)

Äthiopien: Konflikt in Tigray

Hilfswerke warnen vor humanitärer Krise im Horn von Afrika

Addis Abeba (Fides) – In Tigray besteht die Gefahr einer schweren humanitären Krise. Bei den am 4. November ausgebrochenen Kämpfen zwischen den Truppen der äthiopischen Armee und den Milizen der Tplf, der Partei, die die Region von Macalle aus regiert, starben bereits Hunderte von Menschen und mindestens 27.000 Zivilisten mussten aus ihren Häusern fliehen, um Schutz im benachbarten Sudan zu suchen. Außerdem leben bereits mehr als 100.000 äthiopische Binnenflüchtlinge und 96.000 eritreische Flüchtlinge in vier Lagern in Tigray.

"Was auch immer passiert, es sollte einen sicheren humanitären Korridor für die Versorgung von humanitären Helfern und Flüchtlingen ermöglicht werden", so Andre Atsu, Regionaldirektor des Jesuiten-Flüchtlingshilfswerks in Ostafrika. "Die Kämpfe verzögern die Ankunft humanitärer Hilfe, einschließlich Nahrungsmitteln und Medikamenten". Nach Angaben von Atsu sind Helfer und Flüchtlinge von den Kämpfen schwer getroffen, nachdem wichtige Straßen gesperrt wurden und Kraftstoff knapp ist. Strom, Internetverbindung und Telefone wurden unterbrochen und Bankdienstleistungen wurden ebenfalls ausgesetzt. "Einige unserer Mitarbeiter stammen ursprünglich nicht aus Tigray und wir fürchten um ihre Sicherheit, wenn sich die Situation zu ethnischen Konflikten ausweitet", fügt Atsu hinzu.

"Es gab Bombenanschläge, Angriffe und in einigen Teilen der Region ist sogar von Massakern an der Bevölkerung die Rede", so Mussie Zerai, ein eritreischer Priester der Eparchie Asmara, "Es ist nicht bestätigt, aber es wird befürchtet, dass bei den Zusammenstößen Hunderte von Menschenleben verloren gegangen sind. All dies kann nicht unter dem Vorwand der normalen Verwaltung oder eines internen Polizeieinsatzes geschehen. Wenn man mit Flugzeugen bombardiert und Raketen abschießt, nicht nur in Richtung Eritrea, sondern auch in Richtung von Regionen und Städten wie Gondar und Bahr Dar im zentralen Bereich des Landes, besteht die Gefahr, dass sich der Konflikt verschärft mit wirklich unvorhersehbaren Folgen. Die Auswirkungen dieser ersten Kriegswochen zeigen dies: es gab nur Hunderte von Toten, sondern Tausende von Zivilisten mussten in den Sudan fliehen".

Katholische Bischöfe in Ostafrika befürchten auch, dass der Konflikt weitere Todesfälle, Vertreibungen und Zerstörungen verursachen könnte, wenn keine dringenden Maßnahmen ergriffen werden. "Auch wenn wir glauben, dass es immer noch Hoffnung gibt, dass dieser Konflikt friedlich gelöst werden kann und es nicht zu einem Bürgerkrieg kommt", schrieb so der Vorsitzende der Vereinigung der Ostafrikanischen Bischofskonferenzen, Bischof Charles Kasonde, in einem an die äthiopische Kirche gerichteten Schreiben "sind wir uns bewusst, dass dies nur geschehen kann, wenn ein politischer Wille für Verhandlungen besteht."

„Ein solcher Konflikt ist zu viel für eine bereits gemarterte Region, die für die Kriege der Vergangenheit einen sehr hohen Preis gezahlt hat und auch unter klimatischen Bedingungen leidet“, so Pfarrer Mussie abschließend, "Kürzlich gab es auch noch eine Heuschreckenplage, die die Ernte im Norden des Landes verwüstet hat. Wenn sich die Probleme häufen, riskieren sie wirklich, den mühsam begonnenen Versuch zunichte zu machen, Wachstum und Entwicklung, Frieden und sozialen Zusammenhalt wieder in Gang zu bringen. Es muss auch daran erinnert werden, dass im Norden in der Region Tigray neunzigtausend eritreische Flüchtlinge leben, die in dieser Phase Gefahr laufen, zwischen zwei Bränden ohne Fluchtweg eingeschlossen zu werden, wenn der Sudan, wie befürchtet, seine Grenzen schließt. Das humanitäre Risiko ist sehr hoch. Wir appellieren an die internationale Gemeinschaft und insbesondere an die Vereinten Nationen, entschlossen einzugreifen, um die Kriegsparteien an einen Tisch zu bringen, um eine friedliche Lösung ohne weiteres Blutvergießen für eine Region Afrikas zu finden, die bereits einen sehr hohen Preis gezahlt hat."

(EC) (Fides 18/11/2020)

Berg Karabach: Ab 10. November vollständige Waffenruhe

Missionswerk Licht im Osten berichtet

(LiO) Die Verhandlungen rund um den kriegerischen Konflikt in Bergkarabach haben zu einschneidenden Veränderungen geführt. Auf politischen Druck hin haben sich Armenien und Aserbaidschan verständigt und ab 10. November eine vollständige Waffenruhe in Bergkarabach (Arzach) sowie den Austausch Gefangener und Gefallener vereinbart. Vor allem Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan hat sich zu schwerwiegenden Zugeständnissen bewegen lassen und eingewilligt, vier Regionen Bergkarabachs an Aserbaidschan abzutreten. Russland wird Friedenstruppen nach Arzach entsenden. Laut Aussagen des aserbaidschanischen Präsidenten Ilham Aliyev sollen Friedenstruppen aus Russland und der Türkei die Region sichern.

Suren Arutjunjan, Leiter von LICHT IM OSTEN Armenien, ist besorgt um die weitere Entwicklung und die Sicherheit im Land. Bereits jetzt gibt es Ausschreitungen und Proteste in Armeniens Hauptstadt Jerewan gegen diese Beschlüsse. Die Sicherheit auf den Straßen ist nicht mehr gewährleistet. Suren befürchtet, dass all dies zu einer weiteren Abwanderung der Bevölkerung aus Armenien führen könnte.

Aufgrund des Konflikts sind in den vergangenen Wochen sehr viele Flüchtlinge aus Bergkarabach in Jerewan und anderen Städten eingetroffen, wo sie Hilfe suchen. Zu deren Unterbringung stellen viele christliche Kirchen ihre Gemeindeg Häuser zur Verfügung, welche wegen Corona derzeit leer stehen. Auch Lebensmittel und Kleidung werden von verschiedenen christlichen Organisationen bereitgestellt. Suren spricht von einer großen geistlichen Offenheit der Geflüchteten und ist bemüht, für die Hilfsaktionen ausreichend christliche Literatur (Bücher und Zeitschriften) zur Verfügung zu stellen. Gerade die Kinderzeitschrift ARACHET ist hier sehr kostbar, da unter den Geflüchteten v. a. Mütter und Kinder sind.

Bitte beten Sie

für die Armenier, die in den an Aserbaidschan abgetretenen Regionen Bergkarabachs leben, dass ihnen dort ein Leben in Frieden und Freiheit gewährt wird.

dass Frieden in Armenien einkehrt, dass die Wirtschaft im Land aufgebaut werden kann und es zu keiner weiteren Auswanderungswelle kommt.

für die Flüchtlinge aus Bergkarabach, dass sie die Hilfe bekommen, die sie brauchen, auch gute geistliche Orientierung erhalten und die christliche Literatur und die Zeitschriften von LICHT IM OSTEN mit Offenheit annehmen, lesen und ihre Herzen für Christus öffnen.

dass der Druck der evangelistischen und glaubensstärkenden Kinderzeitschrift ARACHET weiterhin finanziert werden kann.

dass die Zeitschrift für Erwachsene, GLAUBE UND LEBEN, auf Armenisch herausgegeben und gedruckt werden kann.

dass der geplante armenische Kalender mit täglichen Andachten, der zu Anfang 2021 herausgegeben und verteilt werden soll, auf viel geistliche Offenheit trifft.

Berg-Karabach: Armenier betrachten den Waffenstillstand als Kapitulation

Libanon: Katholische Patriarchen nach Waffenstillstand in Bergkarabach: "Armenische Brüder und Schwestern in ihrer Würde verletzt"

Bkerké (Fides) - Die katholischen Patriarchen des Libanon erklären ihre Verbundenheit mit "den armenischen Brüdern und Schwestern in Berg-Karabach und Armenien, die in ihrer Würde verletzt und von den Folgen des Krieges mit Aserbaidschan betroffen sind". Der Vorstand des Rates der katholischen Patriarchen und Bischöfe im Libanon äußerte sich am Donnerstag, dem 12. November, nach einem Treffen im maronitischen Patriarchats in Bkerké. An dem Treffen nahmen der maronitische Patriarch Bechara Boutros Rai, der syrisch-katholische Patriarch Ignace Youssif III. Younan, der griechisch-katholische melkitische Patriarch Youssef Absi und der armenisch-katholische Patriarch Krikor Bedros XX .Ghabroyan teil. In der am Ende des Treffens veröffentlichten Erklärung erinnerten die Patriarchen an die Opfer des Konflikts und das Leid der Zivilbevölkerung und forderten die UN auf, die Ursachen des in diesem Gebiet des Kaukasus seit Jahrzehnten schwelenden Konflikts zu lösen. "Wir vertrauen auf die Weisheit und Einheit des armenischen Volkes", schreiben die Patriarchen, "und wir beten zu Gott, damit er in ihrer Situation beistehen möge".

Am späten Abend des 9. November wurde ein sechswöchiger Konflikt von den Vertretern Armeniens und Aserbaidschans mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstand für den in Berg-Karabach beendet. Die Vereinbarungen waren mit der Vermittlung des russischen Präsidenten Wladimir Putin erreicht worden. Viele Armenier betrachten den Waffenstillstand als Kapitulation, wie auch Boutros Marayati, armenisch-katholischer Erzbischof von Aleppo, gegenüber Fides erklärte Bewachung des Korridors zwischen Karabach und Armenien vor. Bis Anfang Dezember sollen sich armenische Truppen aus den zum Zeitpunkt des Waffenstillstands besetzten Gebieten zurückziehen.

(GV) (Fides 13/11/2020)

[top^](#)

Berg-Karabach: Schicksal armenischer Kirchen und Klöster ungewiss

Aserbaidischans Präsident verspricht Schutz für armenische Kirchen und Klöster

Stepanakert (Fides) – Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands zwischen Armenien und Aserbaidischans, mit dem die russische Vermittlung des Konflikts in Berg-Karabach beendet wurde, gibt es Befürchtungen über das Schicksal armenischer Kirchen und Klöster in den Regionen, die künftig von Aserbaidischans verwaltet werden sollen. Die Besorgnis ist gewachsen, nachdem Berichte der armenischen Kirche aus Echmiadzin über die Entweihung und Übergriffe gegen die armenische Kathedrale in Shushi bekannt wurden, nachdem aserbaidischansische Truppen die Kontrolle über die Stadt Berg-Karabach übernommen hatten. Der russische Präsident Wladimir Putin forderte den aserbaidischansischen Präsidenten Ilham Aliyev im Rahmen eines Telefongesprächs ausdrücklich auf, die christlichen Kultstätten zu respektieren und das "normale kirchliche Leben" in Gebieten zu schützen, die unter direkter aserbaidischansischer Kontrolle stehen sollen. Aserbaidischans hat seinerseits Schutz und freien Zugang zu allen Kirchen und Klöstern in Berg-Karabach garantiert. Auf Wunsch der örtlichen Bevölkerung haben russische Soldaten, die als "Friedenstruppen" in die Region geschickt wurden, eine militärische Garnison im berühmten Dadivank-Kloster (Bild) in der Gegend von Kelbecer stationiert. "Das Kommando der Friedenstruppen", sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow am Montag, den 16. November, "wird in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden Probleme in den Gemeinden lösen". Der ungehinderte Besuch des Klosterkomplexes soll in Zusammenarbeit mit russischen Friedenstruppen möglich sein.

(GV) (Fides 18/11/2020)

Brasilien: Migranten aus Venezuela

Red Clamor, UNHCR und CELAM veröffentlichen gemeinsamen Bericht

Sao Paulo (Fides) - „Wir müssen die Barriere der Gleichgültigkeit überwinden und ein Bewusstsein für den wertvollen Beitrag schaffen, den venezolanische Flüchtlinge und Migranten für unser Land leisten, wenn wir sie willkommen heißen. Wir können lernen, die Mauern, die uns trennen, niederzureißen und Brücken der Begegnung zu schaffen, um sich gegenseitig zu bereichern“, so der Präsident des Netzwerks „Red Clamor“, Erzbischof Gustavo Rodríguez von Yucatán-México, bei der Präsentation eines mit Unterstützung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) und dem Rat der Lateinamerikanischen Bischofskonferenzen (CELAM) veröffentlichten Bericht über Flüchtlinge und Migranten aus Venezuela in verschiedene lateinamerikanische Ländern.

Der Bericht dokumentiert anhand von Aussagen venezolanischer Flüchtlinge und Migranten, deren Empfinden, die Herausforderungen, mit denen sie sich konfrontiert sahen, und die Entschlossenheit, mit der sie alle Arten von Schwierigkeiten überwunden haben. Der Bericht umfasst aber auch eine Reihe von Empfehlungen zum Schutzes und der ganzheitlichen Entwicklung von Flüchtlingen und Migranten in den Aufnahmeländern.

Mehr als 200 gesammelte Zeugnisse veranschaulichen gemeinsame Herausforderungen wie Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, Hindernisse bei der Anerkennung von Rechten und den Zugang zur sozialen Integration sowie die zahlreichen Schwierigkeiten bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird auch deutlich, dass Migranten durch die Covid-19-Pandemie noch größeren Schwierigkeiten und Risiken ausgesetzt sind, da viele ihre Einkommensquellen und manchmal sogar ihre Häuser verloren haben und somit potenzielle Opfer von Armut und Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch aller Art sind.

Abschließend wünschen sich die Autoren des Berichts größere Synergien zwischen Organisationen der katholischen Kirche, Organisationen der Vereinten Nationen und anderen nationalen und internationalen Organismen zu erzielen bei der Förderung der ganzheitlichen Entwicklung von Flüchtlingen und Migranten. Darüber hinaus müsse man eine Migrationspolitik überwinden, die Migranten und Flüchtlinge als "Sicherheitsrisiko" betrachtet. Vielmehr müsse die Politik ihre Rechte respektiert und ihre Integration fördern und dabei mit den Behörden verschiedener Länder zusammenarbeiten, um sie für die Aufnahme venezolanischer Migranten zu sensibilisieren. Besondere Begleitung müsse für Personen mit höherem Risiko (ältere Menschen, Kinder, alleinstehende Frauen, Kranke ...) gewährleistet werden und nicht zuletzt sei eine Untersuchung über die Arbeitsmarktlage in den verschiedenen Gastländern erforderlich, um eine Sättigung zu vermeiden.

(SL) (Fides 17/11/2020)

Deutschland: "Islamistischer Terror hat seine Wurzeln im Islam"

Polanz: Islamisten betrachten Mohammed als Vorbild für ihr Handeln

Gießen/Wien (idea) – Der Islamwissenschaftler Carsten Polanz (Gießen) hat der immer wieder geäußerten Ansicht widersprochen, dass Terroranschläge von Islamisten nichts mit dem Islam zu tun hätten. Solche Beschwichtigungen führten nicht weiter. Man müsse wahrnehmen, dass der Islamismus seine Wurzeln in der islamischen Geschichte und Theologie habe, sagte er in einem Podcast der Freien Theologischen Hochschule (FTH) in Gießen, wo er Dozent ist. Der Wunsch von Islamisten, Staat und Religion miteinander verbinden zu wollen, beziehe sich „sehr stark“ auf das Vorbild Mohammeds (570 oder 573–632). Mohammed sei in der zweiten Hälfte seines Lebens in Medina auch politischer und militärischer Führer gewesen und habe Kriege geführt. „All das hat Eingang in die islamischen Quellen gefunden“, so Polanz. Dies diene den Islamisten heute als Berechtigungsgrundlage für ihr Handeln.

Wiener Gemeinderabbiner: Die Religion hat nichts mit dem dortigen Anschlag zu tun

Anderer Ansicht ist der Wiener Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister. Er nimmt den Islam nach dem Terroranschlag von Wien in Schutz. Dort hatte am 2. November ein islamistischer Attentäter vier Menschen erschossen und weitere zum Teil schwer verletzt. Hofmeister sagte der „Zeit“-Beilage „Christ & Welt“ (12. November), der Täter „hat sich einer Religion bedient, um seine Tat zu rechtfertigen, doch die Religion selbst hat nichts mit dem Anschlag zu tun“. Er habe kein religiöses Ziel verfolgt, „außer so viele Menschen wie möglich zu töten“. Hofmeister ist auch Landes-Oberrabbiner von Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten. Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hatte nach dem Anschlag von Wien ein größeres Engagement der EU gegen den politischen Islam gefordert.

Deutschland: Durchsuchung bei christlicher Imbissbetreiberin war rechtswidrig

Landgericht: Das Aufhängen von Bibelziten war keine Volksverhetzung

Berlin (idea) – Die Hausdurchsuchung in dem Restaurant „Ixthys“ (Altgriechisch: Fisch), das die Christin Young-Ai Park in Berlin-Schöneberg betreibt, war rechtswidrig. Das geht aus einem Beschluss des Landgerichts Berlin hervor. Hintergrund: Die Staatsanwaltschaft hatte im Juli gegen die gebürtige Koreanerin ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Grund ist ein Bibelzitat, das die 71-Jährige im Lokal aufgehängt hatte. Auf einer Stoffbahn, die von außen sichtbar im Schaufenster angebracht war, zitierte sie sieben Verse aus [3. Mose 18](#), in denen unter anderem die Passagen enthalten waren: „Einem Mann sollst du nicht beiliegen, wie man einem Weib beiliegt; Greuel ist dies (...) jeder, der eines von allen diesen Greueln tut – die Person, die sie tut, sollen ausgetilgt werden aus der Mitte ihres Volkes.“ Das Amtsgericht Tiergarten hatte die Durchsuchung des Lokals angeordnet. Zur Begründung erklärte es, Park habe durch die Auswahl des Bibelzitats gezielt „ihre homophobe und menschenfeindliche Haltung“ zum Ausdruck gebracht. Bei der Durchsuchung wurde die Stoffbahn beschlagnahmt. Parks Anwalt Hermann Frank (Chemnitz) reichte gegen die Durchsuchung eine Beschwerde ein, der das Landgericht nun stattgegeben hat. In dem Beschluss des Gerichts heißt es, Park habe durch das Aufhängen der Bibelzitate nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Sie habe auf diese Weise ihre christlichen Überzeugungen ausgedrückt. Auch wenn ihre Ansichten „insbesondere in Bezug auf den Umgang mit Homosexualität“ als „nicht mehr zeitgemäß“ angesehen werden könnten, sei ihr Verhalten von der Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt.

Ermittlungsverfahren könnte bald eingestellt werden

Wie außerdem aus dem Beschluss hervorgeht, hält auch die Staatsanwaltschaft die Hausdurchsuchung mittlerweile nicht mehr für gerechtfertigt. Die Anklagebehörde sei „nach erneuter Überprüfung der Sach- und Rechtslage“ zu der Einschätzung gelangt, dass kein Fall von Volksverhetzung vorliege. Vor diesem Hintergrund sei damit zu rechnen, dass das Ermittlungsverfahren bald eingestellt werde, erklärte Frank gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Er habe bei der Staatsanwaltschaft einen entsprechenden Antrag gestellt.

Deutschland: Ein deutscher Islam ist „Wunschdenken“

Islamexpertin: Akpınar: Islamverbände zeigen sich dialogbereit, sind aber integrationshemmend

Zürich /Berlin (idea) – Die Islamexpertin und baden-württembergische CDU-Politikerin Birgül Akpınar hält es für „Wunschdenken“, einen deutschen Islam schaffen zu können. Der Staat erhoffe sich dadurch eine Zähmung des Islams. „Ein Islam, der noch keine inneren Reformprozesse durchlaufen hat, lässt sich aber weder eindeutigen noch verfassungskonform machen“, sagte die Alevitin mit türkischen Wurzeln in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung. Sie gehört dem CDU-Landesvorstand in Baden-Württemberg an. Nach ihren Worten entscheidet sich die Zukunft des Islams im Nahen und Mittleren Osten, nicht in Europa. Der Islam kenne keine Trennung von Staat und Religion: „Das schiebt allen Versuchen, ihn zu säkularisieren, einen Riegel vor.“ Zum Einwand, dass es aber auch liberale und reformorientierte deutsche Muslime gebe, sagte Akpınar: „Das stimmt, aber es bräuhete eine Reformbewegung. Die sehe ich nirgends.“ Die muslimischen Migrantenverbände seien überwiegend konservativ. Nach außen zeigten sie sich dialogbereit, nach innen agierten sie „integrationshemmend“. Nach Ansicht von Akpınar – sie ist Vorsitzende des Netzwerks Integration der CDU Baden-Württemberg – muss man sich von der Vorstellung verabschieden, „dass Religion ein Mittel der Integration sein kann“. Die Politikerin plädiert dafür, die als islamistisch geltende Gemeinschaft „Milli Görüs“ und die ultranationalistischen „Grauen Wölfe“ in Deutschland zu verbieten. Beide Bewegungen stammen aus der Türkei.

Prof. Heinig kritisiert deutsche Islampolitik

Der Rechtswissenschaftler Prof. Hans Michael Heinig (Göttingen) äußert sich in einem Beitrag für die Tageszeitung „Die Welt“ (Ausgabe 18. November) kritisch zur deutschen Islampolitik. Sie sei „ambitionslos und inkonsequent“. „Es fehlt der deutschen Islampolitik in der Gesamtschau an präzise formulierten Zielen, darauf zugeschnittenen Instrumenten und realistischen Zeitvorstellungen“, so Heinig. Nach seinen Worten bietet die Deutsche Islam Konferenz ein wichtiges Gesprächsforum und hat „punktuell weiterführende Impulse gesetzt“. Sie habe aber „dem Mangel an strategisch kohärenter Religionspolitik“ nicht abhelfen können. Ihre aktuelle Zielsetzung, einen „in Deutschland verwurzelten Islam, der die Werte des Grundgesetzes teilt und die Lebensart dieses Landes achtet“, sei zu vage, um das operativ-politische Alltagsgeschäft anleiten zu können. Im Blick auf die islamischen Verbände schreibt Heinig, einem Teil fehle es „an einer glaubwürdigen und durchgehend trennscharfen Abgrenzung zum legalistischen Islamismus“. Der Verband mit den meisten Moscheen und Imamen in Deutschland, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), werde weiterhin von der Religionsbehörde beherrscht, die dem türkischen Präsidenten unterstellt sei. Das schiitische Islamische Zentrum Hamburg gelte als Europavertretung der iranischen Mullahs. Laut Heinig sollte man hinsichtlich der Islamverbände intensiv darüber nachdenken, „wie die Einhaltung finanzieller Transparenzstandards zur Voraussetzung für die Kooperation mit dem Staat gemacht werden kann“. So würden Abhängigkeiten vom Ausland deutlicher zutage treten. Heinig lehrt Öffentliches Recht an der Universität Göttingen und ist auch Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD.

Deutschland: Eine muslimische Familie entschuldigt sich für Terroranschläge

Köln: Muslimische Familie überreichte Blumen an den katholischen Weihbischof

Köln (idea) – Eine muslimische Familie hat sich bei dem katholischen Kölner Weihbischof Ansgar Puff für islamistische Terroranschläge auf Christen entschuldigt. Wie der Geistliche in einer Videobotschaft auf der Internetplattform domradio.de berichtete, kam ein junges Ehepaar mit drei kleinen Kindern nach einem Gottesdienst im Kölner Dom zu ihm, um einen Blumenstrauß zu überreichen. Sie hätten erklärt, sie wollten sich auf diese Weise bei ihm als einem Vertreter der Kirche für die Attentate auf Christen in Wien und Nizza entschuldigen. In Nizza hatte ein islamistischer Terrorist am 29. Oktober drei Menschen erstochen und sechs weitere verletzt, in Wien tötete ein radikaler Muslim am 2. November vier Menschen und verletzte weitere zum Teil schwer. Die Familie wolle die Christen wissen lassen, dass viele Muslime mit solchen Terrorakten nicht einverstanden seien, sie verabscheuten und gemeinsam mit den Christen trauerten, so Puff. Das Ehepaar habe berichtet, dass es aus politischen Gründen aus der Türkei geflohen sei und in Deutschland Asyl gefunden habe.

Deutschland: Hotel wird Hindu-Zentrum

Osthessisches Hotel „Seeblick“ in Kirchheim wird Hindu-Zentrum. Die Religionsgemeinschaft „Bhakti Marga“ hat das Hotel gekauft

Kirchheim (idea) – Das bei christlichen Veranstaltern beliebte Hotel „Seeblick“ im osthessischen Kirchheim wird zu einem Hindu-Zentrum ausgebaut. Das bestätigte die hinduistische Religionsgemeinschaft „Bhakti Marga“ gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Man habe die Hotelanlage bereits gekauft, sagte eine Sprecherin der Gruppierung. Über den Kaufpreis wolle man keine Angaben machen. Medienberichten zufolge ist das Hotel infolge der Corona-Pandemie in finanzielle Schieflage geraten. Sämtliche Tagungen seien storniert worden, und auch private Gäste seien nicht mehr gekommen, teilte der frühere Geschäftsführer Andreas Engelhoven mit: „Ohne den Verkauf wäre das eine Insolvenz geworden.“

Breites Kursangebot – offen auch für Christen

Wie die Sprecherin von „Bhakti Marga“ weiter erläuterte, ist ein Zentrum für Yoga und Meditation mit einem breiten Kursangebot geplant. Vorgesehen seien Zeichenkurse, Meditations- und Musikkurse, Seminare über vedische Rituale und Philosophie sowie Ayurveda-Angebote. Auf dem Gelände werde es auch einen Tempel geben mit täglichen Gebeten. Man plane zudem, mit Interessenten gemeinsam zu musizieren und neben hinduistischen auch christliche Feste zu feiern. Die Sprecherin: „Tages- und Übernachtungsgäste sind ebenfalls willkommen.“ Man sei auch bereit, das Haus für christliche Veranstalter und ihre Konferenzen zu öffnen.

300 aktive Mitglieder

Nach Angaben der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) handelt es sich bei „Bhakti Marga“ um eine neohinduistisch-synkretistische Gemeinschaft. Sie verehere einen jungen Guru, der sich selbst Swami Vishwananda nennt. Weltweit habe die Gruppe nach eigenen Angaben 300 aktive Mitglieder. Nach Angaben des Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienstes leben in Deutschland rund 100.000 Hindus. Eine der letzten christlichen Konferenzen im „Seeblick“ vor den aktuellen Corona-Beschränkungen war die Tagung des Netzwerks „Solo & Co“ der christlichen Initiative für Alleinstehende „Es muss was Anderes geben“ (EmwAg) Mitte Oktober. Auch der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden) war dort wiederholt mit Theologentreffen zu Gast.

Deutschland: MBB Global prayer day

Wichtiger Hinweis auf die weltweite Gebetsveranstaltung für ehemalige Muslime am 18.11. (Buß- und Bettag)



Yassir Eric

© privat

(AKREF/PM) Es gibt trotz aller Unterdrückung in der islamischen Welt einen noch nie dagewesenen Aufbruch. Scharenweise verlassen Menschen den Islam. Millionenfach wenden sich ehemalige Muslime Jesus Christus zu. Communio Messianica (CM), ein Netzwerk von ehemaligen Muslimen weltweit in derzeit 79 Ländern (Zahl steigend) sammelt und betreut diese Konvertiten wo sie keinen Anschluss zu bestehenden Kirchen bekommen können. Diese Bewegung geht so rasch voran, dass CM einen internationalen Gebetstag ausgerufen hat. Sie wollen, dass wir vereint Gott danken, loben und preisen für das, was Er gerade durch seinen Geist in der islamischen Welt tut. Sie erbitten aber auch Fürbitte für Konvertiten, die wegen Ihrer Konversion zu Nachfolgern von Jesus schweres erleiden müssen.

Hier die Bitte von Communio Messianica:

In diesen herausfordernden Zeiten schreiben wir Euch mit einem wichtigen Anliegen. Im Rahmen der Gedenkwochen für die Verfolgten Christen wünschen Eure Glaubensgeschwister aus der islamischen Welt, dass am 18. November mit einem weltweiten Gebetstag speziell der MBBs (Muslim-Background-Believers: Jesus gläubige Konvertiten aus dem Islam) gedacht wird. Weil immer mehr Muslime zum Glauben an Jesus Christus kommen und sie damit oftmals auch sehr gefährdet sind, erbitten wir die Solidarität und Gebetsunterstützung des weltweiten Leibes Christi.

Es gibt ganz neu eine Webseite zu diesem Tag des Gebets für ehemalige Muslime, da steht alles wichtige drauf. Ihr könnt sie sehr gerne teilen: www.mbbglobal.net/2020/10/28/18-november-2020-internationaler-gebetstag-mbb-global-herzliche-einladung-zum/. Unsere herzliche Bitte: Ladet ein, macht es in Euren Kreisen bekannt und nimmt selbst Teil am **18.11.2020!**

Alle Infos findet man unter dem Links: <https://www.iirf-d.de/mbbglobal-prayer-day-18-11/>
www.mbbglobal.net and <https://www.facebook.com/mbbglobal>

Webinar 1: From 08:00 am [to 10:00](#) am GMT.

Webinar 2: From 15:00 (3:00 pm) [to 17:00](#) (5:00 pm) GMT

Wir würden uns freuen, wenn ihr mitmacht!

MBB Global prayer day,

[Yassir Eric](#)

Deutschland: Pfarrer auf Friedhof in Apolda angegriffen

Heidbrink: „Ich stand unter Gottes Schutz und bin bewahrt geblieben“

Apolda (idea) – Der Superintendent des Kirchenkreises Apolda-Buttstädt, Gregor Heidbrink (Apolda), ist am 15. November auf dem Friedhof der mittelthüringischen Stadt tötlich angegriffen worden. Der Vorfall ereignete sich nach der zentralen Gedenkfeier zum Volkstrauertag. Nach eigenen Angaben hatte der Pfarrer aufgrund der Corona-Vorschriften an den offiziellen Feierlichkeiten nicht teilnehmen können und war deshalb im Anschluss daran allein auf den Friedhof gegangen. Hier sei ihm eine Gruppe von etwa 20 Personen aufgefallen, die augenscheinlich dem rechten Klientel angehörten und einen Kranz am deutschen Gräberfeld niederlegten. Da ihm das seltsam vorkam und er eine nicht genehmigte Zusammenkunft vermutete, habe er mit seinem Handy zwei Bilder von der Personengruppe gemacht. Die Gruppe habe das mitbekommen und ihn zur Herausgabe des Handys aufgefordert. Dabei habe ihn ein Mann an den rechten Oberschenkel getreten. Außerdem sei er dazu gezwungen worden, die Bilder zu löschen. Als die Polizei am Tatort eintraf, waren die Personen verschwunden. Wie die Polizei der Evangelischen Nachrichtenagentur idea mitteilte, gibt es Hinweise zur Identität von Personen aus der Gruppe, denen nachgegangen werde.

Heidbrink: Gott hat mich bewahrt

Nach Heidbrinks Worten ist der Volkstrauertag kein Tag zum Heldengedenken, sondern um zum Frieden zu mahnen. Die Opfer des Krieges dürften nicht politisch instrumentalisiert werden. Er sei Gott dankbar, dass er auf ihn aufgepasst habe, denn verletzt sei er nicht. „Ich stand unter Gottes Schutz und bin bewahrt geblieben“, sagte Heidbrink gegenüber idea. Am Tag nach der Tat sei er noch sehr zittrig und aufgewühlt gewesen, jetzt gehe es ihm emotional besser. Außerdem fühle er sich sehr gut betreut, weil viele Menschen für ihn beteten und Apolda eine starke Zivilgesellschaft habe. Auch die Polizei nehme die Ermittlungen sehr ernst. Darüber hinaus helfe ihm die Opferberatungsstelle der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) „ezra“, die Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zur Seite steht. Um sich zu schützen, schirme er sich von den Sozialen Medien ab, um keinerlei Kommentare lesen zu müssen. Auf der Internetseite der EKM spricht Landesbischof Friedrich Kramer (Magdeburg) dem Pfarrer seine Unterstützung zu: „Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland steht hinter ihrem Superintendenten. Einschüchterungen, Bedrohungen und Gewalt gehören leider wieder zum Alltag in unserem Land. Darum ist es wichtig, dass wir die unterstützen, die Mut und Courage zeigen.“

Eritrea: Etwas Hoffnung für Christen

Berichten zufolge sind 69 eritreische Christen aus der Haft entlassen worden, von denen einige bis zu dreizehn Jahre lang brutale Behandlung erlitten haben. Die Freilassung wurde jedoch von der Hinterlegung einer Kautions abhängig gemacht, die in der Regel in Form von Eigentumsurkunden hinterlegt wurde. Es ist nicht ganz klar, was die Meinung des erraticen Präsidenten des Landes, des Mannes hinter den böartigen antichristlichen Aktivitäten Eritreas, geändert hat. Unabhängig davon, ob dieser plötzliche Umschwung mit der Furcht vor einer Ausbreitung des Coronavirus in den überfüllten Gefängnissen Eritreas zusammenhängt oder nicht, freuen sich die Christen in der ganzen Region darüber, dass zumindest einige Gefangene freigelassen wurden. Aber es gibt immer noch 300 bis 500 inhaftierte Christen, viele von ihnen werden in Schiffscontainern unter entsetzlichen Bedingungen festgehalten.

Quelle: My Christian Daily/übersetzt und bearbeitet von AKREF

EU: Viele inhaftierte Islamisten wollen weitere Terroranschläge begehen

Terrorismusforscher: Sie sehen das Gefängnis nur als eine Etappe ihres Kampfes an

Berlin/Princeton (idea) – Viele inhaftierte Islamisten in europäischen Gefängnissen wollen nach ihrer Entlassung weitere Terroranschläge verüben. Das erklärte der Politikwissenschaftler Hugo Micheron von der US-Universität Princeton in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (Berlin/Ausgabe vom 15. November). Der Forscher hat Dutzende Dschihadisten befragt, die in europäischen Gefängnissen sitzen. Viele von ihnen hätten ihm erzählt, dass sie die Haftzeit nutzten, um zu lesen und sich mit anderen islamistischen Gefangenen untereinander zu bestärken. Für sie sei das Gefängnis ein Ort der Einkehr. „Sie sehen die Haft als Etappe, als Art notwendige Passage, bevor sie den ‚Dschihad‘, den Heiligen Krieg, woanders fortsetzen.“ In der öffentlichen Debatte sei die Gefahr, die von ihnen ausgehe, bisher ein Tabu. „Man beruhigt sich damit, dass die Islamisten weggesperrt sind.“ Das Gefängnis sei aber „nicht die Endstation in einem dschihadistischen Lebenslauf“. Der Terroranschlag in Wien habe gezeigt, dass auch Anti-Radikalisierungskurse für inhaftierte radikale Muslime daran nichts änderten. Dort hatte am 2. November ein islamistischer Attentäter vier Menschen erschossen und weitere zum Teil schwer verletzt. Er hatte zuvor im Gefängnis an einem „Deradikalisierungsprogramm“ teilgenommen, der islamistischen Ideologie aber in Wirklichkeit nicht abgeschworen.

Die Gefahr ist kaum abzuschätzen

Die Gefahr, die von den gefangenen Islamisten ausgehe, sei kaum abzuschätzen. Allein in Deutschland seien 200 radikale Muslime inhaftiert, die sich in Syrien der Terrormiliz „Islamischer Staat“ angeschlossen hatten. In Frankreich seien es über 500. Viele von ihnen kämen in den nächsten Jahren wieder auf freien Fuß. In Politik und Gesellschaft müsse offen darüber gesprochen werden, wie islamistische Täter bestraft und nach dem Ende ihrer Haftzeit behandelt werden müssten, forderte Micheron. „Solange wir wegschauen, verlieren wir wertvolle Zeit im Anti-Terror-Kampf.“

Haiti: Entführter Missionar wieder frei

Port au Prince (Fides) – Der am vergangenen 10. November entführte Pater Sylvain Ronald von den Scheut-Missionaren (CICM), wurde am späten Abend des 13. November auf dem Champ de Mars, wenige Meter vom Nationalpalast entfernt, im Herzen der Hauptstadt Port-au-Prince freigelassen.

Die Konferenz der haitianischen Ordensleute, die über die Entführung des Priesters informiert hatte ([vgl. AKREF 13/11/2020](#)), hatte die Entführer gebeten, die Geisel freizulassen, da die Ordensgemeinschaft nicht über die zur Zahlung des beantragten Lösegelds erforderliche Summe verfügte und hatte katholische Gemeinden eingeladen, sich einer Gebetskette für den entführten Missionar anzuschließen.

Unterdessen äußerte sich auch der Bischof von Les Cayes, Kardinal Chibly Langlois, am 13. November zu der Entführung und verurteilte die Gewalt im karibischen Land und die Entführung von Pater Sylvain. Er sei bestürzt, so der Kardinal, über das Phänomen der wachsenden Unsicherheit und besorgt über das Wiederaufleben von Banditentum im Land. "Es gibt Menschen, die befreit werden, aber es gibt auch viele andere, denen ihr Stück gestohlen wurde, ganz zu schweigen von denen, die getötet werden, Gewalt erleiden und ihr Eigentum verlieren". Der Kardinal hatte am vierten Kongress der "Nationalen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden" teilgenommen, der vom 9. bis 13. November in der Stadt Papaye (Hinche) tagte.

(CE) (Fides 16/11/2020)

Haiti: Gebet um Freilassung eines Missionars

Die katholische Ordenskonferenz bittet um Freilassung eines entführten Scheut-Missionars

Port au Prince (Fides) - Wie aus lokalen Presseberichten hervorgeht, wurde Pater Sylvain Ronald von den Scheut-Missionaren (CICM) am vergangenen 10. November, in Delmas, Haiti, von bewaffneten Männern entführt. Die Konferenz der haitianischen Ordensleute bittet nun die Entführer, den Priester unversehrt freizulassen und wendet sich an die Gläubigen mit der Bitte um das Gebet für den entführten Ordensmann. Denn Appell veröffentlichte die Ordenskonferenz am gestrigen der Ordensleute am Donnerstag, den 12. November veröffentlicht.

Die Entführer forderten unterdessen ein Lösegeld von 5 Millionen haitianischen Gourde (HTG) für die Freilassung des katholischen Priestern und senkten die Lösegeldforderungen in der Folge auf 500.000 Gourde.

Nach Angaben des Nachrichtenportals "Vant Bèf Info (VBI)" soll der Priester in der Nähe des „Gran Ravin“ entführt worden sein. Pater Sylvain wohnt im Haupthaus der Kongregation. der Kongregation des Unbefleckten Herzens Mariens (CICM), bekannt auch als Scheut-Missionare.

Die Konferenz der haitianischen Ordensleute bittet alle, um ihr Gebetsgedenken, damit Pater Sylvain seine Freiheit unversehrt wiedererlangen möge.

(CE) (Fides 13/11/2020)

Indien: Christ bei Anschlag auf Gebetstreffen ermordet

Empfänger von Nothilfe berichten von systematischer Benachteiligung für Christen

(Open Doors, Kelkheim) – In der nordindischen Stadt Amritsar verübten Bewaffnete am 23. Oktober einen tödlichen Angriff auf mehrere Christen. Dabei wurde der 35-jährige Prince Atwal erschossen, drei weitere Personen wurden verletzt. Schauplatz des Übergriffes war eine Kirche, in der kurz zuvor ein Gebetstreffen stattgefunden hatte. Unterdessen hat eine Befragung von Hilfeempfängern verdeutlicht, in welchem Maß Christen bei öffentlichen Hilfsmaßnahmen übergangen werden.

Vorwurf: Zwangsbekehrung

Amritsar liegt im Bundesstaat Punjab in der Nähe der Grenze zu Pakistan. Als die Besucher des Gebetstreffens gerade dabei waren die Kirche zu verlassen, drangen fünf der sieben Angreifer in das Gebäude ein. Wie lokale Christen der Nachrichtenagentur UCAN berichteten, begannen sie, auf die Beter zu schießen. Draußen warteten zwei Komplizen bei den Fahrzeugen mit laufendem Motor auf die Schützen.

Prince Atwal, 35, wurde in die Brust und in den Kopf getroffen und starb am Tatort. Es schien, dass er das Hauptziel des Angriffs war, sagte sein Cousin Jaspal Masih. Atwal hatte zuvor eine Auseinandersetzung mit dem Anführer der Bande, Randeep Gill, gehabt, berichtete Masih der UCAN. „Gill versuchte damals, eine andere Gebetsversammlung zu sprengen, wobei er die Christen beschuldigte, Menschen zur Bekehrung verführt zu haben“, sagte er. „Die Christen hier sind verängstigt und wütend.“ Die Polizei hat im Zusammenhang mit dem Angriff drei Personen festgenommen, die übrigen vier sind auf der Flucht.

Punjab zählt nicht zu den acht Bundesstaaten, in denen Anti-Bekehrungsgesetze Zwangsbekehrungen unter Strafe stellen. In diesen Staaten dienen die Gesetze häufig als Vorwand, um Christen und andere religiöse Minderheiten unter Druck zu setzen.

80 % der befragten Christen bei Hilfsgüterverteilung abgewiesen

Eine Auswertung der Übergriffe, bei denen Open Doors Berichte aus erster Hand vorliegen, hat gezeigt: In der ersten Hälfte dieses Jahres 2020 wurden in Indien 349 Übergriffe auf Christen gemeldet, bei denen 5.559 Personen betroffen waren. Viele Vorfälle werden jedoch nicht gemeldet, und die Dunkelziffer dürfte während der Covid-19-Pandemie sogar noch ausgeprägter sein als in anderen Jahren. Dramatisch zugenommen hat die Diskriminierung von Christen im Bereich der Verteilung von Hilfsgütern. „Von den mehr als 100.000 Christen, die durch lokale Partner mit Covid-19-Hilfe versorgt wurden, berichteten erschütternde 80 %, dass die Regierung oder lokale Dorfbewohner Christen von den Ausgabestellen weggeschickt haben – selbst wenn sie Lebensmittelkarten hatten“, so ein für die Region Südasien zuständiger Sprecher von Open Doors. Etwa 15 % der befragten Personen gaben an, dass sie zwar Nahrungsmittelhilfe erhalten hätten, gleichzeitig jedoch in anderer Form diskriminiert worden seien; so seien ihnen z. B. Jobs als Tagelöhner bei staatlichen Stellen wegen ihres Glaubens verweigert worden.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2020 steht Indien an 10. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quelle: UCAN, Open Doors

Die PDF-Version dieser Open Doors Nachrichten finden Sie hier.

Irak: Illegale Enteignung von Christen in Kurdistan

Berufungsgericht rollt Verfahren neu auf

Dohuk (Fides) - Das Berufungsgericht von Dohuk in der Autonomen Provinz Kurdistan rollt das Gerichtsverfahren wegen der illegalen Aneignung von Grundstücken und Gebäuden christlicher Eigentümer, insbesondere im Nahla-Tal. Mit einem in den letzten Tagen erlassenen Beschluss hatte das Berufungsgericht den Urteilsspruch eines Gerichtsverfahrens abgelehnt, der bereits von einer niedrigeren Instanz erlassen wurde. Nach Angaben des Berufungsgerichts wurde der Fall fahrlässig und unangemessen behandelt, ohne den Eigentumstitel der umstrittenen Immobilie angemessen zu prüfen. Aus dem Dokumenten geht hervor, dass das Land und die Gebäude, die Gegenstand des Gerichtsverfahrens sind, 117 chaldäischen, syrischen und assyrischen christlichen Bauern deren Familien gehören, die in den letzten Jahren illegal von kurdischen Landbesitzern enteignet wurden. Laut lokalen Quellen wird das endgültige Urteil über das Schicksal illegal enteigneter Vermögenswerte schon bald vom Berufungsgericht Dohuk erlassen.

Die groß angelegte missbräuchliche Aneignung von Grundstücken und Immobilien christlicher, assyrischer und chaldäischer Familien in der Region Irakisch-Kurdistan, über die Fides ausführlich berichtete seit 2016 von verschiedenen Seiten angeprangert. Für die illegalen Enteignungen waren kurdische Bürgern durchgeführt, die einzeln oder zusammen Familienclans vorgingen. Bereits zu dieser Zeit waren allein im Gouvernement Dohuk insgesamt 56 Dörfer betroffen, in denen sich das Eigentum der christlichen Familien befand.

Gegenstand illegale Enteignungen waren Land und Häuser von Christen, die das Gebiet vor allem seit den 1980er Jahren verlassen haben, um regionalen Konflikten und sektiererischer und Stammesgewalt zu entgehen, zu denen es insbesondere nach den militärischen Interventionen internationaler Bündnisse auf irakischem Gebiet gekommen war. Anfang Oktober (vgl. AKREF [6/10/2020](#)) hatte die zuständige Behörde der Autonomen Region Kurdistan die Einrichtung einer Ad-hoc-Kommission angeordnet, die für die Überprüfung, Dokumentation und strafrechtlichen Verfolgung der systematischen illegalen Enteignungen von Land und Immobilien zuständig sein sollte, die von christlichen Eigentümern insbesondere im Gouvernement Dohuk gemeldet wurden.

(GV) (Fides 14/11/2020)

Iran: Saheb erhielt gestern die Strafe von 80 Peitschenhieben

Iranische Christen bitten um Fürbitte für Saheb, der 80 Peitschenhiebe erhält, weil er im Rahmen der Heiligen Kommunion den Wein getrunken hat.



Diese 4 iranischen Christen wurden im Mai 2016 zugleich verhaftet und zu 10 Jahren und Peitschenhieben verurteilt, nur weil sie an Jesus Christus glauben.

© IGFM

Zaman Fadaei - bekannt als Saheb - wurde im Mai 2016 zusammen mit seinem Pastor Yousef Nadarkhani, Nadarkhanis Frau Fatemeh (Tina) Pasandideh, Mohammad Ali (Yaser) Mosayebzadeh und Mohammad Reza (Youhan) Omid in Rasht verhaftet.

Im September 2016 wurden Saheb, Yaser und Youhan zu je 80 Peitschenhieben verurteilt, weil sie beim Abendmahl Wein getrunken hatten.

Im Juni 2017 wurden Saheb, Yaser und Youhan und Yousef Nadarkhani zu je 10 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie "durch die Propagierung von Hauskirchen und die Förderung des zionistischen Christentums gegen die nationale Sicherheit gehandelt" hatten. Sie begannen mit der Verbüßung der Strafen im Jahr 2018.

Im Mai 2020 wurden die Strafen bei einer Überprüfung reduziert. Die Strafen von Saheb und Yousef wurden auf je sechs Jahre und die von Youhan auf zwei Jahre herabgesetzt. Die Situation von Yaser ist unbekannt.

Saheb erhielt die Strafe von 80 Peitschenhieben am 15. November .

Youhan erhielt seine Peitschenhiebe im Oktober, eine Tat, die von vielen internationalen Beobachtern, einschließlich des US-Außenministeriums, verurteilt wurde, wie es in einem Tweet hieß:

"Zutiefst beunruhigt durch Berichte, dass der Iran Mohammad Reza Omid mit 80 Peitschenhieben bestraft hat, weil er Kommunionwein getrunken hatte. Er saß bereits zwei Jahre im Gefängnis, weil er einer Hauskirche angehörte. Wir verurteilen diese ungerechten Strafen und fordern den Iran auf, allen Iranern die Freiheit zu gewähren, ihren Glauben auszuüben".

siehe auch [AKREF vom 15.9.2016](#)

übersetzt und bearbeitet für AKREF

Israel: Israelkritik oder Antisemitismus?

In einem vieldiskutierten offenen Brief an die Bundeskanzlerin vom vergangenen Juli beklagen 60 prominente Unterzeichner, dass Kritik an Israels Siedlungen im Westjordanland durch Antisemitismusvorwürfe unterdrückt werde. Diese Behauptung ist sachlich falsch und verbreitet außerdem den Irrtum, dass Antisemitismus und Kritik am Staat Israel verwechselbar seien. Ein Kommentar von Marc Neugröschel

Als US-Präsident Donald Trump im vergangenen Winter seinen [Friedensplan](#) für den Nahen Osten präsentierte, sah es so aus, als hätte das Weiße Haus sein Einverständnis zu einer israelischen Annektierung jüdischer Siedlungen in Judäa und Samaria gegeben.

Doch aus der Ausdehnung des israelischen Rechtssystems auf Gebiete, die Israel im Sechs-Tage-Krieg 1967 von Jordanien eroberte, wurde erstmal nichts. Große Teile der israelischen Bevölkerung waren dagegen. Auch innerhalb der Regierungskoalition von Premier Benjamin Netanjahu war das Vorhaben umstritten. Hinzu kam internationaler Protest. Ohne Gegenstimme [verabschiedete](#) der Deutsche Bundestag am 1. Juli eine Resolution gegen die Annektierungspläne. Wenige Tage danach gaben die Außenminister von Deutschland, Frankreich, Ägypten und Jordanien eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Pläne als völkerrechtswidrig verurteilten.

Trotz dieser offenen Kritik [beklagte](#) eine Gruppe von 60 Unterzeichnern in einem vom 24. Juli datierten offenen Brief an die Bundeskanzlerin, dass Kritik an Israels Siedlungen durch Antisemitismusvorwürfe unterdrückt werde. Diese Behauptung ist nicht nur durch die Tatsachen widerlegt. Sie ist obendrauf gefährlich, weil sie Kritik an israelbezogenem Antisemitismus zu einem Mittel der Zensur verklärt und damit delegitimiert.

Empirische Studien zeigen, dass die Projektion klassischer antisemitischer Stereotype auf den jüdischen Staat heute zu den einflussreichsten Formen des Judenhasses gehört. Deswegen muss sie dringend angesprochen und kritisiert werden. Dies nicht zu tun, würde bedeuten, dem Antisemitismus in der Gesellschaft freien Lauf zu lassen.

Der Unterschied ist offensichtlich

Die angebliche Vermischung von Kritik an israelbezogenem Antisemitismus und Kritik an israelischer Regierungspolitik wird vor allem von solchen Akteuren heraufbeschworen, die ihr eigenes antisemitisches Weltbild gegen Kritik abschirmen möchten. Auch das ist durch die Forschung belegt. In Wirklichkeit ist der Unterschied zwischen Israelkritik und Antisemitismus offensichtlich. Auf die Frage, wie man Israel kritisieren könne, ohne antisemitisch zu sein, antwortete der Londoner Soziologe David Hirsh einmal treffend: „Genauso, wie man Hillary Clinton kritisieren kann, ohne frauenfeindlich zu sein.“

Antisemitismus ist ein Vorurteilssystem, welches darauf abzielt, Juden und alles, was Judentum repräsentiert, als Inkarnation des Bösen zu verunglimpfen. Es stützt sich dabei nicht auf Tatsachen, sondern auf jahrhundertealte Fantasien, wie etwa jene, dass Juden Christenkinder töteten, um mit ihrem Blut Matzen zu backen.

Letztere Vorstellung findet heute im Ausruf „Kindermörder Israel“ eine aktuelle Ausdrucksform. Derartige delegitimierende Sprachbilder von politischer Kritik zu unterscheiden, erfordert keine intellektuellen Höchstleistungen. Dass Kritik an israelischen Plänen, seine Souveränität auf das Westjordanland auszuweiten, durch Antisemitismusvorwürfe unterbunden würde, ist ein Phantasma, welches in dem Schreiben an die Bundeskanzlerin durch kein einziges konkretes Beispiel belegt wird.

In den vergangenen Jahren hat sich der sogenannte „3-D-Test“ als eine Faustregel für die Unterscheidung zwischen Kritik an israelischer Politik und israelbezogenem Antisemitismus etabliert. So wird Israel oft als „Apartheidstaat“ verunglimpft. Doch wer die Realität kennt, wer schon einmal auf einer israelischen Polizeiwache von einem arabischen Polizisten vernommen wurde, wer an einer israelischen Universität von arabischen Dozenten unterrichtet wurde, wer täglich sieht, wie orthodoxe Juden und Araber in Israels öffentlichen Verkehrsmitteln miteinander ins Gespräch kommen und wer sieht, wie jüdische und muslimische Kollegen in Fabriken im Westjordanland zusammenarbeiten, der braucht keinen 3D-Test, um zu verstehen, dass die Behauptung, Israel sei ein Apartheidstaat, nicht die Realität, sondern ein delegitimierendes antisemitisches Vorurteil abbildet.

Marc Neugröschel ist freier Journalist und Soziologe. Er lebt in Jerusalem und promoviert an der Hebräischen Universität zum Thema Antisemitismus in Sozialen Medien.

Quelle: israelnetz.com

Jemen: Christen schenken Hoffnung auf ein besseres Leben

Bischof Hinder: Die Armut hat sich zugespitzt

Sana'a (Fides) - "Im Jemen ist das Lage katastrophal. Mit dem Anhalten des Konflikts hat sich das Problem der Armut verschärft: Es gibt Hunger, es fehlt an Nahrungsmitteln, die Preise sind aufgrund der hohen Inflationsrate gestiegen. Hinzu kommen Cholera und Wassermangel, unter denen die Bevölkerung leidet", so der Apostolische Vikar von Südarabien, Bischof Paul Hinder anlässlich des Welttags der Armen am 15. November zur dramatische Situation, in der sich das arabische Land befindet.

Der Krieg hat im Jemen bisher über 120.000 Tote gefordert, aber auf der gesamten Arabischen Halbinsel leiden die Menschen unter den wirtschaftlichen Auswirkungen. Der Bischof erinnert insbesondere an die Schwierigkeiten der kleinen christlichen Minderheit: "Die Zahl der Christen", sagt er, „wird infolge der massiven Auswanderung in Zukunft abnehmen, denn die wirtschaftliche Entwicklung hat Konsequenzen: Viele Menschen haben ihre Arbeit verloren. Dies bedeutet, dass sie das Land früher oder später verlassen werden und dies wird unweigerlich ein schwerer Schlag für die gesamte Gemeinschaft sein."

"Streck dem Armen deine Hand entgegen" ([Sir 7:32](#)) lautet das Thema, das der Papst in diesem Jahr allen Getauften und Menschen guten Willens für diesen Tag vorgeschlagen hat: Unsere

Unterstützung für die jemenitischen Bevölkerung", berichtet der Apostolische Vikar, "ist die Verkündigung und die Solidarität, insbesondere gegenüber den Schwachen, den Armen und den Verlassenen. Wir versuchen, ihre Bedürfnisse zu verstehen und ihnen bestmöglich zu helfen." In San'a bieten die Missionare auch die kostenlose Versorgung der Kranken und die Hilfe für die Bedürftigsten an: "Die Missionarinnen der Nächstenliebe", so Bischof Hinder, „leisten einen sehr wichtigen Dienst, ihre Arbeit weckt Sympathie und Zuneigung bei den Menschen. Es ist ein Zeichen der Nähe für diese Menschen, wenn wir ihnen ein Lächeln und die Hoffnung auf ein besseres Leben schenken.“

„Das Problem besteht sehr oft darin“, so der Bischof abschließend „wie wir Hilfsmittel aus dem Ausland verteilen können“. Mit Bezug auf die Botschaft des Papstes zum Welttag der Armen betont der Apostolische Vikar: "Den Bedürftigsten zu helfen, ist eine Investition, die sich sowohl für diejenigen lohnt, die geben als auch für diejenigen, die Hilfe erhalten. Denn es ist ein Gewinn in Bezug auf die Menschlichkeit“.

(ES) (Fides 13/11/2020)

LINK

Interview mit Bischof Hinder im Video -> <https://youtu.be/aiKBlVqCWyg>

Kamerun: Aus der Konfliktregionen

Kardinal Tumi fordert Amnestie für Separatisten

Yaoundé (Fides) - "Es ist jetzt Sache des Staatsoberhauptes, etwas zu tun, und ich glaube, er kann es tun: nämlich eine Amnestie erklären, damit Frieden herrscht und die Kinder zur Schule gehen", so Kardinal Christian Tumi, emeritierter Erzbischof von Douala, in einem Interview wenige Tage nach seiner Entführung und kurz darauf folgenden Freilassung durch anglophone Separatisten im Nordwesten Kameruns am 5. November.

Kardinal Tumi sagte, er sei von seinen Entführern, mit denen er über Politik diskutiert habe, gut behandelt worden. „Sie wollten wissen, was meine Meinung zur Regierungsform im Land ist. Ich habe ihnen gesagt, dass ich für den Föderalismus bin“, sagt der 90-jährige Kardinal.

Der emeritierte Erzbischof von Douala wünscht sich eine friedliche Lösung der Krise in den anglophonen Regionen Kameruns. Zusätzlich zur Amnestie bittet er darum, dass "die Armee in die Kaserne zurückkehrt und diese jungen Menschen (die Sezessionisten) ihre Waffen niederlegen".

Die derzeitige Staatsform Kameruns steht im Mittelpunkt des Konflikts zwischen der Regierung und den Separatisten. Während des Großen Nationalen Dialogs, in dem nach Lösungen für den Konflikt mit den Separatisten gesucht wurde, war einer der wichtigsten Vorschläge der acht Kommissionen eine Dezentralisierung mit der Verabschiedung eines Sondergesetzes für die Regionen des Nordwestens und der Südwesten, wie es die Einwohner der Regionen im Nordwesten und Südwesten fordern.

Seit 2016 fordern Separatisten in den beiden Regionen im Nordwesten und im Südwesten mit ihrer größtenteils anglophonen Bevölkerung, dass in den Schulen und vor Gericht die englische Sprache anstelle der französischen Sprache Amtssprache bleibt.

Im Februar dieses Jahres luden 16 Bischöfe aus 10 Ländern aller Kontinente, in einem offenen Brief an den Präsidenten Paul Biya, von Kamerun ein, "eine dauerhafte Lösung für Kameruns Probleme" durch "einen Vermittlungsprozess zu finden, an dem auch bewaffnete Separatistengruppen und Vertreter der gewaltfreien Zivilgesellschaft beteiligt werden".

In dem Brief erinnerten die Bischöfe daran, dass "die Gewalt und die Gräueltaten aller Konfliktparteien bereits 656.000 englischsprachige Kameruner gezwungen haben, ihre Häuser zu verlassen, 800.000 Kinder (einschließlich 400.000 katholischer Schüler), nicht mehr zur Schule zu gehen, 50.000 Menschen nach Nigeria flohen und Hunderte von Dörfern verwüstet sowie mindestens 2.000 Menschen getötet wurden."

(L.M.) (Fides 19/11/2020)

siehe auch [AKREF vom 25.10.20](#)

Mosambik: 500.000 Vertriebene

Bischöfe klagen und fordern Dialog

Maputo (Fides) - "Wir drücken den Mitbürgern in Cabo Delgado unsere brüderliche Nähe aus und versichern ihnen unser ständiges Gebet in der Hoffnung, Wege des Dialogs zu finden, die das Ende des schrecklichen Konflikts und der daraus resultierende humanitäre Krise begünstigen", so die Mitglieder des Bischofskonferenz von Mosambik (CEM) am Ende ihrer Vollversammlung (9. bis 14. November, Maputo).

Im abschließenden Kommuniqué bekräftigen die Bischöfe als Hirten ihr Bemühen, in diesen Momenten großen Not für die ihnen anvertraute Herd Zeugnis von der Hoffnung zu geben. Zu den Problemen unter denen die Menschen leiden, gehörten die globale Coronavirus-Pandemie und der Konflikt in Cabo Delgado (die bereits tausend Tote forderte und fast 500.000 Menschen zur Flucht zwang) sowie verschiedene Formen von Gewalt, Entführungen, Kriminalität und Menschenrechtsverletzungen, die sich in der mosambikanischen Gesellschaft vermehren.

Die Bischofskonferenz erinnert an die Besorgnis und die konkreten Gesten von Papst Franziskus gegenüber der mosambikanischen Bevölkerung. Sie unterstreichen die Bedeutung der Bildung auf allen Ebenen für die Förderung der sozialen Entwicklung sowie die Dringlichkeit, das historische Gedächtnis Mosambiks wiederherzustellen, um einen echten Weg der nationalen Versöhnung zu verwirklichen. "Es liegt in der Verantwortung aller", unterstreichen sie, „dafür zu arbeiten, dass wir aus den aktuellen Krisen herauszukommen.“

Nach den neuesten Daten des mosambikanischen Premierministers Carlos Agostinho do Rosario wurden in der Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks infolge von Anschlägen islamistischer Milizen seit Oktober 2017, fast 500.000 Menschen vertrieben.

(L.M.) (Fides 19/11/2020)

Mosambik: Islamistische Gewalt in Cabo Delgado

Mitarbeiter eines katholischen Radiosenders suchen Zuflucht im Wald

Maputo (Fides) – Rund ein Dutzend Mitarbeiter eines katholischen Radiosenders suchten im Norden von Mosambik Zuflucht im Wald. Dies teilt das Nationale Forum der Community Radios (FORCOM) mit, wonach die gesamte Redaktion des Senders „São Francisco de Assis“ vor dem Angriff von Aufständischen im Distrikt Muidumbe in der Provinz Cabo Delgado fliehen musste. „Am 31. Oktober besetzten die Aufständischen die Räumlichkeiten der Pfarrkirche „Sacro Cuore de Jesus“, in denen sich das Radio befindet, und zwangen die insgesamt neun Journalisten zusammen mit ihren Familien, mehr als zehn Tage im Wald in Mueda und Montepuez Zuflucht zu suchen. FORCOM beklagt in diesem Zusammenhang, dass "bewaffnete Gewalt mit dem Angriff und der Besetzung der Dörfer ein nie zuvor gesehenes Niveau erreicht hat".

Laut Pfarrer Edgard Silva Júnior, Koordinator des Radiosenders, wurde vermutlich die gesamte Redaktion des Radios von den bewaffneten Männern zerstört wurde, während zumindest ein Teil der Ausrüstung gerettet und in die Stadt Pemba transportiert wurde. Das Dorf Muambula, in dem sich der Radiosender befindet, steht inzwischen unter der Kontrolle der Aufständischen.

Laut FORCOM herrschen in den Waldgebieten, in denen die Mitarbeiter des Senders Zuflucht gesucht unmenschliche und unsicheren Bedingungen.

„In Anbetracht der Situation versucht FORCOM den Journalisten und ihren Familien im Wald die notwendige Unterstützung zu garantieren und ihre körperliche Unversehrtheit und Sicherheit zu gewährleisten“, heißt es in einer Verlautbarung. Wobei das Forum daran erinnert, dass der Staat die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten muss. „Wir fordern, dass die notwendigen Bedingungen geschaffen werden, um die Menschenrechte der Gemeinden in den betroffenen Gebieten in Cabo Delgado zu schützen. Wir fordern, dass die Bedingungen für den Betrieb des Gemeinschaftsradios von São Francisco de Assis geschaffen werden, damit die Mitarbeiter ihre Mission zur Entwicklung, zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte lokaler Gemeinschaften fortsetzen können.“

Die seit drei Jahren anhaltenden Angriffe dschihadistischer Gruppen in der Provinz Cabo Delgado haben mindestens 310.000 Menschen zur Flucht gezwungen. Die Provinz, die sich noch nicht von den Folgen des Zyklons des letzten Jahres erholt hatte, ist auch das Epizentrum der Covid-19-Epidemie in Mosambik.

(L.M.) (Fides 16/11/2020)

Myanmar: Bündnis mit ethnischen Parteien gewünscht

Yangon (Fides) - Nach dem Wahlsieg in Myanmar öffnet erklärt sich die Nationale Liga für Demokratie (NLD), die 396 Sitze im Parlament erhielt (sechs mehr als 2015) bereit zu einem Regierungsbündnis mit ethnischen Parteien (d. h. mit Vertretern ethnischer Minderheiten). Als Gewinner der ersten Wahlen, die in Myanmar unter einer Zivilregierung stattfanden, erhielt die Liga 258 Sitze im Unterhaus und 138 im Oberhaus und hat daher mit 322 Sitzen in den beiden Kammern des Parlaments die Mehrheit, die für die Bildung der neuen Regierung notwendig ist, weit überschritten. Die NLD will jedoch nicht im Alleingang regieren: Nicht alle ethnischen Parteien haben genügend Stimmen erhalten, um einen Sitz im Parlament zu ergattern, doch mit einer Geste demokratischer Offenheit und um breiten Konsens in der Nation öffnet sich die Liga allen 48 politische Organisationen in den verschiedenen Staaten.

Die Liga hat breite Unterstützung für ihre Vorsitzende Aung San Suu Kyi erhalten, während die Partei für Solidarität und Entwicklung (Usdp) der birmanischen Armee, jetzt nur noch auf 26 Sitze im Unterhaus und 7 im Oberhaus zählen (mit einem Verlust von 8 Sitzen gegenüber 2015). Die Usdp hatte die vorläufigen Ergebnisse angefochten und eine Untersuchungskommission unter der Schirmherrschaft der Armee beantragt. Der Antrag wurde jedoch vorerst nicht weiterverfolgt: sowohl wegen der geringen Anzahl der Stimmen nach den am Sonntag, dem 15. November, angekündigten Endergebnisses aber auch weil Beobachter keine triftigen Gründe sahen, die Annullierung der Wahl am 8. November zu beantragen.

Die Öffnung zum Dialog mit ethnischen Parteien sieht zwar keine Zusammenarbeit mit der muslimischen Gemeinschaft der Rohingya vor, die keine politische Vertretung oder Staatsbürgerschaftsrechte hat, doch sie ebnet den Weg für eine Stärkung des Friedensprozesses mit den verschiedenen bewaffneten Fraktionen mit Blick auf die Absicht, die Burmesische Republikanische Union (die derzeitige Staatsform) zu einer echten Föderation zu machen: Dies ist ein wichtiger Schritt, um zu gewährleisten, dass Kriege künftig keine Menschenleben mehr kosten. Die birmanische Armee scheint sich jedoch ebenfalls auf die künftige Zusammenarbeit mit der Regierung der Liga vorzubereiten und kündigt an, einen neuen Neustart des derzeit laufenden Friedensprozesses mit nur zehn bewaffneten Gruppen zu unterstützen und in die Verhandlungen - wie von der NLD gefordert - auch Gruppen einzuschließen, die das Waffenstillstandsabkommen, eine vom Militär auferlegte Voraussetzung, noch nicht unterzeichnet haben.

Viele der Herausforderungen bleiben jedoch offen: das Erbe der Zeit der Militärdiktatur und die Verfassung von 2008 garantierte die birmanische Armee 25% der Sitze im Parlament und in drei Ministerien (Inneres, Verteidigung, Grenzen). Das Militär wird daher in der Lage sein, sich den von der Liga gewünschten Änderungen zur Änderung der Verfassung zu widersetzen, da für eine Reform 75% der Stimmen im Parlament erforderlich sind. Ein Bündnis mit ethnischen Parteien könnte sich unterdessen auch positiv auf die Möglichkeit auswirken, eine Einigung über Verfassungsänderungen zu erzielen. (MG-PA) (Fides 16/11/2020)

Pakistan: Klage der Eltern von entführtem Mädchen Arzoo Raja hatte Erfolg

Kinderehen: Gericht in Karatschi erlässt Haftbefehl gegen islamischen Geistlichen

Karachi (Agenzia Fides) - „Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichts in Karatschi, einen Haftbefehl gegen den muslimischen Geistlichen zu erlassen, der an der Zwangskonversion und an der religiösen Feier der illegaler Eheschließungen mit minderjährigen Mädchen beteiligt war, die religiösen Minderheiten in Pakistan angehören. Um die erzwungenen Bekehrungen und illegalen Ehen mit Minderjährigen einzudämmen, erwarten strenge Strafen gegen alle, die an diesen Fällen beteiligt sind“, so der Christ Sabir Michael, der sich für Menschenrechte und Minderheitenrechte einsetzt, nach der Erlassung eines Haftbefehls gegen den islamischen Religionsvertreter, der auch in den jüngsten Fall des katholischen Mädchens Arzoo Raja verwickelt war und die Heirat im Einvernehmen mit ihrem Entführer vollzog (vgl. [AKREF 9/11/2020](#)).

Der vom Gericht in Karatschi erlassene Haftbefehl wendet sich gegen Qazi Mufti Ahmed Jaan Raheemi, der auch beschuldigt wird, die Eheschließung des christlichen minderjährigen Mädchens Neha Pervaiz vollzogen zu haben, das entführt im April 2019 und gezwungen wurde, mit einem islamischen Ritus zum Islam konvertieren. Neha Pervaiz konnte nach einer Woche in Gefangenschaft vor ihrem 45-jährigen Ehemann fliehen. "Nehas Familie hat eine Klage gegen den Entführer, den islamischen Geistlichen und vier weitere Personen eingereicht, die an der Entführung, Zwangskonvertierung und illegalen Eheschließung ihrer Tochter beteiligt sind", bestätigt Michael.

In der gerichtlichen Anordnung wies der Richter darauf hin, dass gemäß dem "Sindh Child Marriage Restraint Act 2013" die Eheschließung von Personen unter 18 Jahren verboten ist. Der Beschluss besagt auch, dass die Ehe der minderjährigen Neha ohne ihre Zustimmung unter Druckausübung, Zwang und Einflussnahme durchgeführt wurde, was gegen die Artikel 3, 4 und 5 des Sindh Child Marriage Restraint Act 2013 verstoße. Die vorgesehenen Strafen umfassen die Inhaftierung für zwei Jahre und eine Geldstrafe von einhunderttausend Rupien oder beides.

Sabir Michael, Präsident der NGO "Peace Welfare and Development Association" (PWDA), sagt: "Es ist dringend erforderlich, die bestehenden Gesetze auch anzuwenden und diejenigen zu bestrafen, die an Zwangskonvertierungen und illegalen Eheschließungen von Minderjährigen beteiligt sind: Die Regierung muss alles Mögliche tun und alle Mittel nutzen, damit diese Verbrechen, die unserer Gesellschaft schaden, nicht mehr vorkommen".

(AG-PA) (Fides 13/11/2020)

Philippinen: Gesetzesvorlage zum Verbot von Kinderehen

Kirchen begrüßen neue Gesetzesvorlage

Manila (Fides) – "Kinderehen sind eine traurige Realität, die Mädchen entmenschlicht, ausbeutet und missbraucht. Wir begrüßen die neue Gesetzesvorlage zum Verbot von Kinderehen auf den Philippinen und dessen rasche Verabschiedung", so der Präsident der bischöflichen Jugendkommission, Bischof Rex Andrew Alarcon von Daet, zur Debatte im Parlament und der Verabschiedung des Gesetzes, das Eheschließungen mit Minderjährigen im Land verbietet.

Die Senatoren stimmten einstimmig dem Gesetzentwurf Nr. 1373 namens "Girls not Brides Act" zu, das Ehen vor dem 18. Lebensjahr verbietet und die Geschlechtergleichstellung regelt. Auch der Senat billigte den Gesetzentwurf in seiner dritten und letzten Lesung am 9. November endgültig.

"Ich freue mich über die Entschlossenheit des Gesetzgebers, Kinder und ihre Würde zu schützen. Die Gesellschaft hat die Pflicht, ihre am stärksten gefährdeten Kinder vor denen zu schützen, die sie ausbeuten", so der Bischof. "Das Gesetz ist ein Weg, um auch die Heiligkeit von Ehe und Familie zu schützen", bemerkte der Bischof und stellte fest, dass "Ehe und Bildung einer Familie eine ernst zu nehmende Verantwortung sind".

Bischof Alarcon erklärt: "Der Wunsch, Kinder, Jungen und Mädchen zu schützen, ihre Würde und ihre Rechte sowie das Ziel, Ehe und Familie zu schützen, sind entscheidende und notwendige Elemente für die authentische und harmonische Entwicklung einer Gesellschaft".

"Heute geben wir unseren Mädchen die Möglichkeit zu träumen und ihre Zukunft nach ihren Wünschen zu gestalten. Wir schützen ihr Recht auf Bildung, damit sie als Erwachsene zu entscheiden, wann sie bereit sind, eine Familie zu gründen", so die Abgeordnete Rosa Hontiveros, nachdem auch der Senat das Gesetz genehmigt hatte. Die Philippinen, so die Politikerin, stünden weltweit an zwölfter Stelle auf der Rangliste der Kinderehen mit geschätzten 726.000 Mädchen.

Nach Angaben der Regierung heiratet jedes sechste Mädchen auf den Philippinen vor Erreichen des 18. Lebensjahres. Kinderehen treten aus vielen Gründen auf, beispielsweise aufgrund kultureller Traditionen in einigen Gemeinden, Armut und mangelnder Bildung. Eine frühe Ehe birgt auch Risiken für minderjährige Mütter, was sich auch negativ auf die Gesundheit und das Überleben des Kindes auswirkt. Darüber hinaus brechen viele Mädchen die Schule ab, weil sie sich bereits im Alter von 10 oder 11 Jahren um eine Familie kümmern müssen.

Der irische Missionar Pater Shay Cullen, Direktor der "Preda"-Stiftung, die sich für den Schutz der Kinderrechte auf den Philippinen einsetzt weist auf einen weiteren alarmierenden Aspekt hin: "Auf den Philippinen ist die sogenannte eheliche Gemeinschaft oft nur ein Mittel, um Pädophilie zu rechtfertigen; Mädchen werden als Sexsklaven benutzt, die von erwachsenen Partnern missbraucht werden, die oft ihre Herkunftsfamilien bezahlen. Nur wenige Mutige verurteilen den sexuellen Missbrauch von Kindern. Diese angeblichen Ehen dienen nur dazu, das Verbrechen der Pädophilie zu vertuschen. Hoffentlich wird dieses Gesetz dazu beitragen, dieses Krebsgeschwür auszurotten".

(SD-PA) (Fides 18/11/2020)

Somalia: Angeklagte Christen überraschend frei und in Sicherheit

Bewegung von Christen muslimischer Herkunft ruft 18. November als Gebetstag aus

(Open Doors, Kelkheim) – Die Anklage brachte sie in Lebensgefahr. „Abfall vom islamischen Glauben und Verbreitung des Christentums“, so der Vorwurf. Viele Christen weltweit beteten daraufhin für das betroffene somalische Ehepaar, hinter den Kulissen gab es diplomatische Anstrengungen – jetzt sind die beiden frei. Weltweit sind Christen muslimischer Herkunft wegen ihres Glaubenswechsels extremer Gefahr ausgesetzt; der heutige 18. November wurde als Gebetstag für diese besondere Gruppe ausgerufen.

Ausreise über Somalia in die Freiheit

Am 16. Oktober hatten wir zum Gebet für ein christliches Ehepaar aus der halbautonomen Provinz Somaliland (Somalia) [aufgerufen](#). Die beiden Eltern von drei Kindern waren vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert. Kurz nach ihrer Festnahme im September wurde ihnen vorgeworfen, vom Islam abgefallen zu sein und als Evangelisten das Christentum zu verbreiten; der Abfall vom Islam gilt nach islamischem Recht als todeswürdiges Verbrechen. Wie „Middle East Concern“ berichtet, wurde für den 24. Oktober die offizielle Anklageerhebung erwartet. Stattdessen bat der Staatsanwalt in der Verhandlung um zwei Wochen Aufschub, um das weitere Vorgehen planen zu können. Anfang November ordnete der zuständige Richter überraschend die Ausweisung der Angeklagten an. Laut ihrem Anwalt fiel die Entscheidung, nachdem europäische Regierungsvertreter den Fall beim Ministerium für religiöse Angelegenheiten zur Sprache gebracht hatten.

Am 5. November verließ das Ehepaar zusammen mit ihrem jüngsten Kind Somaliland in Richtung Somalia, wo der Druck auf Christen sogar noch höher ist. Von dort aus reisten sie in dieser Woche in ein sicheres Drittland, wo sie als Familie mit ihren beiden ältesten Söhnen wiedervereint wurden.

Weltweiter Gebetstag für Christen muslimischer Herkunft

Das Erlebnis der somalischen Familie unterstreicht die Bedeutung eines neuen Gebetstages, der für den heutigen Mittwoch (18. November) für Christen mit muslimischem Hintergrund ausgerufen wurde. Federführend ist dabei die weltweite Bewegung „Communio Messianica“, die von christlichen Konvertiten aus dem Islam gegründet wurde. Es ist der erste internationale Gebetstag für diese besonders gefährdete Gruppe von Christen. Gebetet wurde unter anderem in zwei Livestreams, die im Internet übertragen wurden.

Christen mit muslimischem Hintergrund sind vor allem in mehrheitlich islamischen Ländern anzutreffen. Durch die Fluchtbewegungen der jüngeren Vergangenheit leben jedoch auch viele von ihnen in Deutschland und Europa, gerade aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens wie Iran. Häufig erfahren sie auch aus ihrem engsten Umfeld und der eigenen Familie großen Druck aufgrund ihres Glaubenswechsels. Ihre Entscheidung wird abgelehnt und man versucht entweder, sie zur Rückkehr zum Islam zu überreden, oder verstößt sie. Dies führt zu Anfeindungen, Diskriminierung und mündet immer wieder auch in physische Gewalt.

Bitte beten Sie für Christen muslimischer Herkunft:

- Danken Sie für die positive Wende im Fall der somalischen Familie.
- Beten Sie, dass alle Familienmitglieder sich in der neuen Situation zurechtfinden und Gottes Leitung und Versorgung in allen Bereichen erleben.
- Beten Sie für die in Somalia lebenden Christen: dass sie neue Kraft bekommen, ihren Glauben weiter mutig ausleben zu können.
- Beten Sie für alle politischen Vertreter, die sich auf diplomatischem Weg für Konvertiten einsetzen, um Weisheit, diplomatisches Geschick und Gunst.
- Beten Sie für alle ehemaligen Muslime, die von ihrer Familie verstoßen wurden oder aufgrund anderer Umstände zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen wurden.
- Beten Sie um Möglichkeiten zur Gemeinschaft mit anderen Christen.
- Beten Sie für gute Lehrmaterialien und Angebote, damit ehemalige Muslime im christlichen Glauben wachsen und zu reifen Nachfolgern Jesu werden.
- Beten Sie, dass unter den traditionellen Glaubensgemeinschaften die Offenheit und das Verständnis für Christen muslimischer Herkunft wachsen, so dass sie ihnen mit Liebe begegnen und im Glauben weiterhelfen können.

Thailand: Studentenproteste

Parlament bringt „Expertenausschuss“ auf den Weg

Bangkok (Agenzia Fides) - Obwohl es auf den Plätzen der Hauptstadt Bangkok und anderer thailändischer Städte nicht mehr zu Protestmärschen kommt, bleibt die Situation im Land nach neun Monaten öffentlicher Demonstrationen angespannt und die Forderungen nach dem Rücktritt des Premierministers, einer Verfassungsreform und einer Prüfung der Befugnisse des Monarchen sind nicht verstummt.

Mit einer entspannenden Geste scheint König Rama X. während eines Besuchs in der Stadt Udon Thani in den letzten Tagen, wenn auch indirekt, auf die Demonstranten einwirken zu wollen, der Aufforderung des Free Youth Movement gefolgt waren und sich am 8. November dem Königspalast genähert hatten und von der Polizei aufgehalten worden waren. Ohne den Protest zu erwähnen, schrieb der König in einem Brief an den Gouverneur der Stadt: „Wir lieben und kümmern uns umeinander. Kümmern auch Sie sich um das Land und lasst uns einander freundlich helfen, um den thailändischen Wohlstand und Identität des Landes zu schützen“. Bereits am 1. November hatte der Monarch ähnliche öffentliche Kommentare abgegeben und erklärt, dass er alle Thailänder "gleich" liebe und dass Thailand ein Land des Entgegenkommens sei. Diese Gesten der Entspannung werden zwar zum Teil geschätzt werden, sind aber nicht entscheidend für die Überwindung der politischen Krise, die sich inzwischen im thailändischen Parlament abspielt, wo Premierminister Prayut Chan-O-cha vorerst darauf besteht, dass er auf sein Amt als Premierminister zu behalten.

Als Antwort auf die Proteste brachte das Parlament einen so genannten "Expertenausschuss" auf den Weg, der einen möglichen Prozess zur Überarbeitung der Verfassung einleiten soll: Dieser Prozess sieht auch ein Volksreferendum und wird daher lange dauern. Auch die Bildung des Ausschusses gestaltet sich nicht einfach: Die Oppositionsparteien beabsichtigen vorerst nicht, sich daran zu beteiligen. Wie die lokale Presse berichtet sollen dem Ausschuss unterdessen drei ehemalige Premierminister angehören: Anand Panyarachun, General Chavalit Yongchaiyudh und Abhisit Vejjajiva. Der zweimalige Premierminister Panyarachun trat sein Amt am 2. März 1991, eine Woche nach dem von der Militärjunta organisierten Staatsstreich an. Abhisit Vejjajiva, ein Vertreter der Demokratischen Partei, wurde für den Tod von Dutzenden von Demonstranten in Bangkok während der Vorfälle im April und Mai 2010 verantwortlich gemacht. Chavalit Yongchaiyudh war von November 1996 bis November 1997 Premierminister von Thailand. Der ehemalige Vertreter des Militärs hatte Militärputsch von 1991 und die anschließenden Wahlen von 1992 in Frage gestellt, mit denen General Suchinda Kraprayoon an die Macht gelangte.

(MG-PA) (Fides 13/11/2020)

Türkei: Thema war die Religionsfreiheit

US-Außenminister Pompeo sprach mit Kirchenvertretern in Istanbul

Istanbul (idea) – US-Außenminister Mike Pompeo hat sich in Istanbul zu Gesprächen mit dem griechisch-orthodoxen Patriarchen Bartholomäus I. und dem Apostolischen Nuntius in der Türkei, dem katholischen Erzbischof Paul Russell, getroffen. Thema der Gespräche waren „religiöse Fragen in der Türkei und in der Region“, teilte das US-Außenministerium mit. Die Stärkung der weltweiten Religionsfreiheit sei eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele der Regierung von US-Präsident Donald Trump. In der Türkei habe es auf diesem Gebiet in der jüngeren Vergangenheit „Probleme gegeben“, erklärte das Ministerium auf seiner Internetseite. Ein Beispiel sei der Fall des US-Pastors Andrew Brunson. Er hatte seit 1993 mit seiner Familie in der Türkei gelebt und war 2016 als Terrorverdächtiger inhaftiert worden. Erst 2018 war er auf Druck der US-Regierung freigekommen und hatte die Türkei verlassen. Ein weiterer Kritikpunkt sei die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee durch den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Das im 6. Jahrhundert errichtete Bauwerk galt einst als die bedeutendste Kirche in der orthodoxen Welt. Sie war die Hauptkirche des byzantinischen Reichs. Nach der Eroberung Konstantinopels durch Truppen des Osmanischen Reiches diente sie ab 1453 als Moschee. Der türkische Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk machte aus ihr als Zeichen für einen säkularen Staat 1934 ein Museum. Diesen Beschluss hatte das türkische Oberste Verwaltungsgericht am 10. Juli aufgehoben. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Urteils ordnete Erdogan die Nutzung als Moschee an und übergab die Hagia Sophia an die Religionsbehörde Diyanet.

Kein Treffen mit Regierungsvertretern

Das Treffen Pompeos mit den Kirchenvertretern hatte im Vorfeld für Aufsehen gesorgt, weil er bei seinem Besuch in der Türkei nicht mit Vertretern der türkischen Regierung zusammentraf. Das war in Medienberichten als Affront gegen die türkische Regierung gewertet worden. Nach Angaben des US-Außenministeriums war ein solches Treffen aber nur wegen Termenschwierigkeiten nicht zustande gekommen. Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Bloomberg kritisierte das türkische Außenministerium Pompeos Gespräche mit den Kirchenvertretern außerdem als „extrem unangemessene“ Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei. Der US-Außenminister besucht auf seiner Reise durch Europa und den Nahen Osten neben der Türkei auch Frankreich, Georgien, Israel, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien.

Ungarn: Traditionelle Geschlechterrollen als Maßstab

Regierung will einen Verfassungszusatz durchsetzen

Budapest (idea) – Die ungarische Regierung will die Vermittlung traditioneller Geschlechterrollen in der Verfassung verankern lassen. Das berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Der entsprechende Zusatz sehe vor, dass Kinder auf der Basis von Werten erzogen werden sollen, die der „christlichen Kultur“ Ungarns entstammten. Die Grundlage familiärer Beziehungen sei die Ehe, mit einer Frau als Mutter und einem Mann als Vater. Außerdem solle das Recht der Kinder auf die geschlechtliche Identität, mit der sie geboren worden seien, geschützt werden. Die Regierung begründet ihren Vorstoß damit, dass Kinder vor „modernen ideologischen Entwicklungen in der westlichen Welt“ geschützt werden müssten, die deren Recht auf eine „gesunde Entwicklung“ bedrohten. Damit die Verfassung geändert werden kann, bedarf es einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Die nationalkonservative Partei „Fidesz“ von Ministerpräsident Viktor Orbán verfügt gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner, der christdemokratischen KDNP, über 133 von 199 Sitzen. Der stellvertretende Ministerpräsident Ungarns, Zolt Semjén, hatte zuvor gesagt, Homosexuelle sollten keine Kinder adoptieren und Familien gründen dürfen. Bereits im Mai war ein Verbot der Änderung des Geschlechts in persönlichen Dokumenten erlassen worden. Von den rund 10 Millionen Einwohnern Ungarns gehören 37 Prozent zur römisch-katholischen Kirche, 11,7 Prozent zur reformierten, 3 Prozent zur griechisch-katholischen und 2,2 Prozent zur lutherischen.

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz (DEA)

Spendenkonto:

IBAN: DE8752060410000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebete-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]